Für die Freiheit des katholischen Apostolates.

Eine italienische Stimme zur deutschen Missionsfrage.

Von P. G. B. Tragella, Miss. Apost.¹

Unter diesem Haupttitel hat Ende April 1920 der erste Inhaber des im Vorjahr errichteten Lehrstuhles für Missionswissenschaft am Collegio Urbano zu Rom² in vier ausführlichen Artikeln des *Osservatore Romano* zu der durch den Krieg und den Versailler „Friedens“vertrag geschaffenen Lage der deutschen Missionen Stellung genommen. Diese Ausführungen sind ebenso bedeutend wegen ihrer Veröffentlichung in dem vatikanisch-offiziösen Blatt und wegen der bei Romanen nicht alltäglichen Bekanntschaft mit den deutschen Leistungen und noch seltenern Belesenheit in deutschen Schriften, als auch ganz besonders wegen ihres uneingeschränkt katholischen Inhalts und Geistes.

Das gilt zunächst von Tragellas Darlegungen über „die Missionen der Deutschen bei Ausbruch des Krieges“³. Der zweite Aufsatz über „die Missionen der Deutschen während des Krieges“⁴ lehnt es zwar ab, sich zur Verleugung der Kongoatte zu äußern, bietet aber eine wirklich objektive und in seiner teilnehmenden Art überaus wohlthuende Darlegung des ungeheuren Schadens, der da angerichtet worden ist. Der weitere Beitrag über „die Missionen der Deutschen nach dem Kriege“⁵ unterstreicht das Provisorische der Erlaubnis des Hl. Stuhles für die den deutschen Missionen benachbarten Bistriate, in jenen einzugreifen, und die Absicht der Kurie, dadurch unliebsamen, aber „vollendeten“ Tatsachen vorzubeugen. Bemerkenswert ist des weitern die Mitteilung, daß der Nunzius in Lissabon „anscheinend“ (pare che . . .) die Rückkehr der ehemaligen Missionare Mozambiks erreicht habe. Tragella schließt mit einer deutlichen Ablehnung der allgemach tendenziös-französischen *Nouvelles Religieuses*⁶, deren Anfänge er selbst gefördert hatte. Der letzte seiner Aufsätze behandelt mit bemerkenswerter Festigkeit „das zukünftige Schicksal aller katholischen Missionen“⁷. Daher geben wir seine mehr grundsätzlichen Teile hier wörtlich wieder.

„Wir stehen nun in der Zeit des mühe- und opferreichen Friedens. Natürlich hat auch die endgültige Regelung der deutschen Missionsfrage ihren Platz unter den Plänen und noch mehr unter den Besorgnissen (*preoccupazioni*) der alliierten Kabinette. Vor allem scheint sie die Ruhe Englands zu stören.

Während des Krieges glaubten die alliierten Regierungen, wie wir sahen, die deutschen Missionare aus ihren Besitzungen ausschließen zu dürfen. Nach dem Abschluß des Waffenstillstandes und nachdem man sich an den Verhandlungstisch gesetzt, gaben sie sich daran, ihr willkürliches Vorgehen zu sanktionieren, während gleichzeitig die Vertreibung der Internierten fortgesetzt wurde. In keinem der beiden Fälle dachten sie auch nur daran, sich an den Hl. Stuhl zu wenden, der bis zum Erweis des Gegenteils der ausschließliche Hüter (*depositaria*) aller Rechte ist, die den Apostolat betreffen. Was dann geschah, ist bekannt. Der Hl. Stuhl, nicht befragt und nicht geladen, nahm sich der Angelegenheit an (*intervenire*), die zu seinem Machtbereich gehörte und noch gehört. Er schickte Mons. Cerretti, um seine Rechte zu verteidigen. Cerrettis Sendung vermochte bekanntlich unter unermeßlichen Schwierigkeiten das „Eigentum“ der deutschen Missionen zu retten, wenigstens insofern es nicht seiner Bestimmung entzogen werden und nicht der Gefahr ausgesetzt sein soll, in protestantische Hände zu geraten . . .⁸

Das also waren die feierlichen Verpflichtungen, die die Sieger vor der katholischen Welt und in den Augen des Hl. Stuhles auf sich nahmen.

Aber die Geschichte des Jahres seit dem Waffenstillstand und der Note Balfours

¹ Nach dem Original zusammengestellt von P. Hoffmann P. S. M. in Münster.

² Vgl. *3M* 10, 38/39. ³ *Oss. Rom.* 1920, num. 96.

⁴ *Ebd.* n. 100. ⁵ *Ebd.* n. 98 (23. Aprile).

⁶ Vgl. *3M* 10 (1920) 121, 124.

⁷ *Oss. Rom.* 1920, n. 102.

⁸ Folgt ein Abschnitt über den Sinn der berückichtigten §§ 122 u. 438 des „Friedens“-vertrages von Versailles. Vgl. *3M* 9, 191 f. 263 f.

(datiert vom 6. Juni 1919) hat den Beweis erbracht, daß die Politik der „chiffons de papier“ ansteckend gewesen ist. Wir wollen die Abänderung des Art. 438, soweit er das Personal angeht, nicht in Betracht ziehen, weil man uns erwidern könnte, daß dies das direkte Verhältnis der Missionen zu Deutschland betreffe. Wir haben aber verstehen gelernt, daß die Missionen, besser: England und die Regierung Britisch-Indiens den Inhalt der Note Balfours vergessen haben, indem sie sich daran machten, den Artikel 122, der formell unverändert geblieben, buchstäblich zur Ausführung zu bringen. Wir stehen also vor einer vierfachen Verletzung des gegebenen Wortes, der Rechte des Hl. Stuhles und des katholischen Apostolates. 1. Nämlich hat man sich nicht bekümmert um die Anwendung der Note Balfours, indem man die deutschen Missionare und Schwestern nach Hause brachte. Dadurch wurde es natürlich unnütz, über die Art und Weise der gewünschten Kontrolle zu verhandeln. 2. Diese radikale Behandlung der Missionare wurde nicht auf einzelne Fälle beschränkt (dans le cas où . . .), sondern sie wurde in Indien, und man kann sagen, überall verallgemeinert. 3. In der Anwendung dieser eifersüchtigen Verfolgung politischer Interessen trat, auch was die Personen betrifft, eine Verallgemeinerung ein, während sie doch, wenn überhaupt, nur den Obern der fraglichen Missionen gegenüber geltend gemacht werden durfte (d'exercer quelque contrôle sur les personnalités dirigeant ces missions). 4. All das geschah gegen die Autorität des Hl. Stuhles und ohne irgendwelche Beratung mit ihm.

Aber die Ausführung der Note Balfours vergessen zu haben, ist noch nicht alles. Nachdem man die ehemals von Deutschen gehaltenen Missionen ihres Personals entblößt hat, sucht England – und mit ihm und für es die Regierung Indiens – eine ganze politisch-religiöse Befehzgebung zusammenzuleimen (manipolare), die die Note Balfours nichtig machen und an Anforderungen noch überbieten würde. In der Tat hat es dem Hl. Stuhl ein „Memorandum“ überreicht, das in dem unmöglichen Falle, daß es Befehzesform und -kraft erhielte, die vergangenen Ereignisse sanktionieren und dem katholischen Apostolat einen weitem tödlichen Schlag versetzen würde . . .¹

Hierzu ein paar erklärende und abschließende Bemerkungen.

Was also die „Deutschen“ betrifft, sollen sie, weil gefährlich, für eine unbestimmte Zeit von Indien ausgeschlossen sein. Diese Zeit soll, wie jemand gesagt hat², drei Jahre betragen. Es scheint vielmehr die Absicht zu bestehen, sie ohne weiteres und für immer auszuschließen. Denn wenn es in Wirklichkeit drei Jahre sein sollten, dann müßte man doch die schon zu Beginn des Krieges heimgeschickten Missionare wiederum nach Indien zurückkehren lassen. Und dann, wenn man diese dauernde Ausschließung nicht im Auge hat, warum vertreibt man nun noch jene, die bis jetzt als Internierte zurückgeblieben, also ungefährlich sind? Und nach diesem Zeitraume des Ausschlusses, nachdem schon seit Jahren andere ihre Stellung eingenommen haben, wie werden da die Vertriebenen von heute ihren Posten wieder antreten können? Erinnern wir uns, daß es sich nicht um Regierungsbeamte handelt, für die es gleich sein kann, ob sie in Kalkutta oder Bombay wohnen. Der Missionar ist ein solcher insoweit, als er die Sprachen der Eingeborenen versteht, und er hat ein ganzes Volk zu führen. Mit diesem System aber würde man dazu gelangen, seine Aufgaben in furchtbarer Weise zu erschweren und in letzter Folge die Mission selbst zu schädigen.

Was die Nichtdeutschen angeht, so sollen sie sich also anglisieren und dann noch vom Gutdünken Englands abhängen (stare ai cenni dell' Inghilterra). In des letztern Hände wird es immer liegen, besonders hinsichtlich der nicht anerkannten Gesellschaften, zur Verbannung des Missionars vom indischen Boden oder zur Deportation zu schreiten gemäß dem „Memorandum“ C.

Der Hl. Stuhl hat der englischen Regierung die mehr als gerechtfertigten Schwierig-

¹ Folgt eine italienische Übersetzung der Denkschrift in ihren Grundzügen (linee generali). Vgl. *SM* 10 (1920) 47/48.

² In der Nr. 5 des Memorandums.

keiten, besser Unmöglichkeiten darstellen lassen, die ihn daran hindern, diesen Kompromiß (accommodamento) anzunehmen. Er hat an der Freiheit festgehalten, die ihm gebührt, und an der ausschließlichen Zuständigkeit (autorità), die ihm in diesen Dingen zukommt. Insbesondere muß — wenn überhaupt eine Kontrolle im Sinne der Note Balfours ausgeübt werden soll — diese im Einverständnis mit dem Hl. Stuhl und nicht von England allein geregelt werden. Die Vorstellungen des Hl. Stuhles bewegen sich insbesondere um die Klausel 5 des Memorandums. Sie tun dar, daß er allein durch die hierzu bevollmächtigte Kongregation der Propaganda die Verantwortung übernehmen und die absolute Garantie für die Missionare bieten kann und darf. Aber bislang beharrt London aus nationalistischen Gründen auf seinem Standpunkt und bei der festen Absicht, an die Stelle der Propaganda das geplante Paßbüro mit Kardinal Bourne als Vorsitzendem treten zu lassen. Er allein könne Vertrauen erwecken, weil er Engländer von Geburt sei.

Das einzige Zugeständnis, das man bisher erreicht hat, ist eine größere „Bewegungsfreiheit der örtlichen Behörden“ Indiens, aber nur was die Heimsendung der deutschen Schwestern angeht. Denn man muß wissen, daß neuestens auch die Schwestern zum Gegenstand drakonischer Anordnungen verschiedener Gouverneure Indiens geworden sind. Im übrigen harzt das Memorandum in seinen Grundlinien immer noch der notwendigen Abänderungen.

Zu guter Letzt bemerken wir, daß es unverständlich ist, wie man dazu kommen konnte, in Angelegenheiten Dritter (in materia altrui) Befehle zu machen unter Nichtachtung der Autorität des Hl. Stuhles und wie man dennoch im selben Vorgehen, das diesem das Vertrauen verweigert, an ihn herantritt, um ihn zur Approbation, zur „Annahme“ — das ist es, was man ausdrücklich forderte — zu bewegen. Was soll man ferner sagen zu jenem völligen und ausschließlichen Vertrauen auf den Kardinal Bourne, während doch (s. Absatz e¹⁰) die Regierung für den Fall, daß seine Vermittlung unwirksam bleibt, sich das unbeschränkte Recht vorbehält, das ihr Passende (il comodo suo) zu tun zum Schaden der Missionen? Und was soll man sagen zu dem Damoklesschwert, das immerfort über dem Haupt der Missionare schweben würde, da sie stets nachträglichen Spürereien (inquisizioni) und der Gefahr der Austreibung ausgesetzt bleiben?

Genug davon. Es sind dies die Tatsachen in ihrer immerhin schmerzlichen Wirklichkeit. Wir möchten wünschen, daß die Katholiken der Alliierten oder besser der lateinischen Länder, die sich noch nie gerührt haben ob des Geschickes der deutschen Missionen¹, endlich einmal begreifen würden, wie diese Angelegenheit wegen der Nachwirkungen, die sie gehabt hat und noch haben wird, keine „nationale Frage, sondern eine Frage allgemeinen Interesses“ ist. Es ist eine „katholische“ Frage wegen der Werte, die auf dem Spiele stehen. Der chauvinistische Nationalismus, der den deutschen Missionar boykottiert, ist eine Gefahr, die die Freiheit des Apostolates unser aller, der Italiener, Franzosen und Spanier bedroht. Vor allen Dingen ist er ein Vorstoß (offesa) gegen die Autorität der Kirche und gegen ihre freie und unabhängige Ausübung des Apostolates, ganz zum Vorteil des Protestantismus. „Wir werden nicht müde, es zu wiederholen,“ so schließen wir mit einem weisen Worte Marc Sangniers, indem wir es unserm Falle anpassen, „wir sind verantwortlich vor der Welt und vor Gott für die moralischen und religiösen Kräfte, die in unsre Herzen niedergelegt wurden. Wir haben die Pflicht, mutig zu sein, denn wir zum wenigsten, die wir die Lehre und das Leben haben, sind in der Lage, unsere Träume zu verwirklichen und vom Himmel zur Erde herniedersteigen zu lassen“².

¹ Um so dankenswertere Ausnahmen von dieser Regel, besonders aus Spanien, aber auch aus Italien, haben die letzten Jahrgänge der *3M* wiederholt angeführt.

² Unter dem Titel „die Missionen nach dem Kriege“ bringt Tragella in *Rivista di Studi Missionari* 2 (1920) 81—87 mit Obigem größtenteils identische Ausführungen. Er betont aber außerdem unter anderm, daß England gegenüber der interalliierten Aufgabe